Anlage zu TOP 2
der Sitzung am
23.09.2015

Von: "Krull, Bettina" <Bettina.Krull@neumuenster.de>
Datum: 21. September 2015 um 14:04:45 MESZ
An: "'mail@martinkriese.de'" <mail@martinkriese.de>
Kopie: Krüger, Holger <Holger.Krueger@neumuenster.de>
Betreff: Tagesordnung

Sehr geehrter Herr Kriese,
wie bereits telefonisch besprochen, ist es zwar in den Gremien der Stadt Neumünster – wie bei vielen Gemeinden in Schleswig-Holstein - grundsätzlich üblich, die Tagesordnung zu Beginn der jeweiligen Sitzung genehmigen zu lassen; rechtlich erforderlich ist eine solche Genehmigung allerdings nicht. Gemäß §§ 34, 46 Abs. 12, 47c Abs. 3 Gemeindeordnung fällt die Festsetzung der Tagesordnung in die alleinige Zuständigkeit des Vorsitzenden. Eine „Ablehnung“ der Tagesordnung hätte daher keine rechtliche Relevanz.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Bettina Krull

Stadt Neumünster
Sachgebiet I / Fachdienst Recht
Bettina Krull
Telefon: 04321 942 -2771
Fax: 04321 942 -2743
Stadt Neumünster
Sachgebiet I
Fachdienst Recht
Großflecken 59
24534 Neumünster

Bülck, Klaus-Dieter

Anlage zu TOP 2
der Sitzung am
23.09.2015

Von: Krüger, Holger
Gesendet: Donnerstag, 3. September 2015 16:00
An: Bülck, Klaus-Dieter
Betreff: WG: Rechtliche Fragen bzgl. des STB Gartenstadt. Hier: Sitzungstermine und GO

Stadt Neumünster
Fachdienst Zentrale Verwaltung und Personal Abt. Zentrale Verwaltung Holger Krüger
Telefon: 04321/942-2320
Fax: 04321/942-2245
Postfach 2640
24516 Neumünster

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Krüger, Holger
Gesendet: Donnerstag, 3. September 2015 16:00
An: 'Martin Kriese'
Betreff: AW: Rechtliche Fragen bzgl. des STB Gartenstadt. Hier: Sitzungstermine und GO

Sehr geehrter Herr Kriese,

zu Ihrer 1. Frage:

Es kommt darauf an, welche Qualität die Abstimmung der Termine hatte. Üblicherweise werden die Termine intern vereinbart. Die Öffentlichkeit kann sich über das Ratsinfosystem über diese Termine informieren - verbindlich werden sie dann aber erst mit der Einladung und der amtlichen Bekanntmachung. Sollte der Stadtteilbeirat aber tatsächlich einen entsprechenden Beschluss gefasst haben, so ist dieser m. E. bindend, selbst wenn Sie zu jeder konkreten Sitzung noch einberufen müssen. Beim Blick in das Protokoll vom November 2014 erkenne ich, dass letzteres der Fall ist. Ich kann auch nicht erkennen, dass die Termine unter Vorbehalt vereinbart wurden. Insofern haben Sie in der Tat ein Problem. M. E. steht es Ihnen nicht frei, den Termin zu verlegen. Eine Verlegung wäre aber per Mehrheitsbeschluss möglich - dazu muss das Gremium natürlich tagen, das tut es aber erst an dem besagten Termin wieder.

Die Tagesordnung stellen Sie auf. Denkbar wäre es, besagte Themen an einem anderen Termin zu beraten. Ggf. kann das auch Gegenstand eines Antrags sein (Zurückstellung / Vertagung) - nur das Ihnen dazu die Mehrheiten fehlen dürften. Sie berufen ein, wenn es die Geschäftslage erfordert - das liegt in Ihrem Ermessen. Ferner können gem. § 56 Abs. 3 GeschO 1/3 der Mitglieder die Einberufung verlangen. Denkbar wäre also - je nachdem und bei entsprechender Beschlussfassung - ein zusätzlicher Termin zur Beratung der von Ihnen erwähnten Themen.

Kann ja auch sein, dass am 23.09. noch wer fehlt: dann wäre das Gremium nicht beschlussfähig.

zu Ihrer 2. Frage:

M. E. schränkt eine realisierte Zurückstellung die Bestimmungen zu (einer erneuten) Zurückstellung und (einer erstmaligen) Vertagung nicht ein. D. h. es ist eine zweite Zurückstellung möglich. Ebenso eine erste Vertagung (mit led. 1/3 Mehrheit). Es bedarf aber jeweils entsprechender Anträge und Beschlüsse.

zu beiden Fragen:

Man sollte doch davon ausgehen dürfen, dass die Regelungen der Geschäftsordnung nicht missbräuchlich angewendet werden. So sollte es doch möglich sein, im Interesse einer bestmöglichen Erfüllung der Aufgaben eines Stadtteilbeirats zu einem Konsens zu gelangen.

Ich hoffe, soweit geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Krüger

Stadt Neumünster

Fachdienst Zentrale Verwaltung und Personal Abt. Zentrale Verwaltung Holger Krüger

Telefon: 04321/942-2320

Fax: 04321/942-2245

Postfach 2640

24516 Neumünster

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Martin Kriese [mailto:mail@martinkriese.de]

Gesendet: Donnerstag, 3. September 2015 00:54

An: Krüger, Holger

Betreff: Rechtliche Fragen bzgl. des STB Gartenstadt. Hier: Sitzungstermine und GO

Sehr geehrter Herr Krüger,

ich habe eine rechtliche Frage in Bezug auf die GO/die Stadtteilbeiräte und bitte um Ihre Unterstützung. Im Rahmen der Sitzung November 2014 hat der Stadtteilbeirat Gartenstadt mehrheitlich für die Termine im Jahr 2015 gestimmt. Leider ist es so, dass in der vorgesehenen Örtlichkeit zu diesem Zeitpunkt September 2015 kein Raum zur Verfügung steht und mindestens drei der sieben Stadtteilbeiratsmitglieder verhindert sind. Die drei Mitglieder haben darum gebeten den Termin zu verlegen um an der Sitzung teilnehmen zu können. Eine andere Örtlichkeit ließe sich evtl.

finden, die erwähnten Mitglieder des STB könnten jedoch nicht teilnehmen. Der STB wäre natürlich mit 4/7 Mitglieder trotzdem theoretisch beschlussfähig.

Auf eine Anfrage die Sitzung aus o.g. Gründen zu verlegen, reagieren nun 1-3/7 Stadtteilbeiratsmitgliedern mit Protest, da sie erwarten, dass die Sitzung wie beschlossen am 23.09.2015 stattfindet. Da dort wichtige Themen wie "Stock Guss Gelände" und "ÖPNV" besprochen werden sollen, wünscht sich der verhinderte Teil des STB (und insgesamt 4/7 Mitgliedern) eine Verschiebung des Termins.

Muss ich als Stadtteilbeiratsvorsitzender den beschlossenen Termin realisieren oder besteht die Möglichkeit in dieser Sache den Termin mit der Mehrheit, die nicht öffentlich getagt hat, zu verlegen? Muss sich der Stadtteilbeiratsvorsitzende an diesen Beschluss halten oder ist er gemäß GO frei in der Terminwahl, trotz Beschluss vom November 2014 - aus o.g. Gründen?

Weiterhin besteht folgende Frage: Ein Antrag wurde um 6 Monate zurückgestellt. Der Antragssteller verzichtet nach den 6 Monaten um sofortige Behandlung und will eine der folgenden Sitzungen abwarten. Ist trotz der Zurückstellung eine Vertagung mit 1/3 der Mitglieder möglich oder berührt eine Zurückstellung auch die benötigte Mehrheit bei einer Vertagung (von 1/3 auf 1/2)?

Ich wäre sehr dankbar für eine Antwort und Ihre Hilfestellung.